

# Der Personalrat der allgemeinbildenden Schulen Mitte informiert

Januar 2020

---

Tel.: 9018-26088 Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin (U-Bhf. Schillingstr.)  
Fax: 9018-26170 pr-mitte@senbjf.berlin.de http://www.pr-mitte.de

---

## Auswertung der Personalversammlung

Herzlichen Dank für Ihre aktive Teilnahme an unserer Personalversammlung im November! Unser Thema waren die 39 Thesen der Senatorin zur Verbesserung der Bildungsqualität. Zugegeben, es war ein Experiment, Sie alle derart aktiv in die Geschehnisse der Versammlung einzubinden. Die Bandbreite und die hohe Qualität Ihrer Aussagen belegen aber, wie wichtig Ihre Beteiligung war. Erfreut waren wir auch über den Beitrag einer Schulleiterin, die ihre Sicht der Dinge verdeutlichte und dabei klar machte, dass auch die Schulleitungen im Rahmen ihrer Fürsorgepflicht von den miserablen Rahmenbedingungen abhängig sind.

Übrigens: **Alle von uns vertretenen Beschäftigengruppen haben das Recht, an der Personalversammlung teilzunehmen.** Ihre Schulleitung ist verpflichtet, Sie dafür freizustellen. An vielen Schulen werden Listen ausgehängt, in denen man sich einträgt, wenn man nicht zur Personalversammlung gehen möchte. Wer sich nicht einträgt, wird für die Teilnahme freigestellt. Dieses Verfahren halten wir für zweckmäßig und rechtskonform und möchten es ausdrücklich empfehlen.

Einige Kolleg\*innen wurden von ihren Schulleitungen aufgefordert, Protokolle der Personalversammlung anzufertigen und damit ihre Anwesenheit zu belegen. Das geht natürlich zu weit. Es sollte klar sein, dass man zur Versammlung geht, wenn man dafür freigestellt ist, und Zweifel daran sollten gar nicht erst aufkommen dürfen.

Der Termin für die nächste Personalversammlung steht bereits fest. Wir sehen uns wieder **am 29. Oktober 2020**. Dann an einem neuen Ort, denn das Delphi-Kino hat leider keinen rollstuhlgerechten Zugang. Den Schulen empfehlen wir, sich langfristig auf diesen Termin einzustellen. So kann z.B. die Notbetreuung von Kindern schon lange vorher organisiert werden.

Die Personalversammlung hat zwei Resolutionen verabschiedet. Die Arbeitsergebnisse aus den Arbeitsgruppen werden gemeinsam mit den Resolutionen an die Bildungssenatorin geschickt. Auf den beiden folgenden Seiten finden Sie die beiden Resolutionen sowie die Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse.

## Resolution I der Personalversammlung

### Qualitätspaket der Bildungssenatorin

*„Die Berliner Schule ist geprägt durch strukturellen Mangel. Es fehlen Fachkräfte und räumliche Kapazitäten für Schulplätze. Statt über Qualität zu sprechen, wurde in der Vergangenheit nur „gespart, bis es quietscht“. Die Personalversammlung begrüßt es daher, dass die Qualität unserer Schulen nun endlich von der Senatsverwaltung in den Blick genommen wird. Im Maßnahmenpaket der Senatorin finden sich vor diesem Hintergrund positive wie auch negative Aspekte. Auf die Umsetzung kommt es an.*

*Klar ist aber: Ohne die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Pädagog\*innen und der Rahmenbedingungen der Schulen lässt sich auch die Qualität nicht anheben. Leider vermittelt das Maßnahmenpaket an vielen Stellen den Eindruck, die Kolleg\*innen an den Schulen müssten vor allem mehr arbeiten und sich besser qualifizieren. Die Schuld an der Berliner Schulmisere wird so den Beschäftigten zugeschoben. Diese Behauptung weisen wir zurück!*

*Zur Schieflage des Maßnahmenpakets trägt die Tatsache bei, dass die Beschäftigten an der Erarbeitung nicht beteiligt wurden. Das zeigt sich z. B. an der fehlenden Unterstützung für Schulen in schwieriger sozialer Lage. Die Kolleg\*innen brauchen Ermäßigungsstunden für die zusätzliche Unterstützung der Schüler\*innen und Elternarbeit und zusätzliche Sozialarbeiter\*innen. Warum kommen eine Absenkung der Klassenfrequenzen und Arbeitsentlastung für Kolleg\*innen, immer wieder gestellte Forderungen, in dem Papier überhaupt nicht vor?*

*Die Teilnehmenden der Personalversammlung haben sich in Arbeitsgruppen mit dem Maßnahmenpaket beschäftigt. Im Anhang dokumentieren wir die Anmerkungen und Forderungen der Kolleg\*innen zu einigen Punkten des Pakets, die uns für die Arbeitsbedingungen an den Schulen besonders relevant erscheinen. Diese Forderungen verstehen wir ausdrücklich auch als konstruktiven Beitrag zur Verbesserung der Qualität an unseren Schulen.*

**Die Personalversammlung der allgemeinbildenden Schulen in Mitte erwartet von der Senatorin, dass sie sich intensiv mit den aufgelisteten Forderungen auseinandersetzt und dazu Stellung nimmt.“**

## Ergebnisse der Arbeitsgruppen der Personalver-sammlung

**Zur Methode:** In fünf Gruppen haben die Kolleg\*innen jeweils zwei bis drei Themen aus den 39 Punkten der Senatorin eingeschätzt und dabei Lob, Kritik und Forderungen bzw. Verbesserungsvorschläge geäußert. Da sich pro Arbeitsblatt durchschnittlich drei PV-Teilnehmer\*innen äußerten, muss die Anzahl der Nennungen entsprechend gewichtet werden. Zu berücksichtigen ist auch, dass nicht auf allen Arbeitsblättern alle Abschnitte ausgefüllt wurden, während gleichzeitig Mehrfachnennungen möglich waren. Außerdem waren die Gruppen bedingt durch die Sitzverteilung im Kinosaal unterschiedlich groß. Im Folgenden werden nur die am häufigsten genannten und aufs Thema bezogenen Aspekte wiedergegeben. Viele Kolleg\*innen nutzten die Gelegenheit, sich den Frust von der Seele zu schreiben, ohne sich ins thematische Korsett zwingen zu lassen. Das lesen wir natürlich mit großem Interesse und verstehen Sie: Offenbar gibt es sonst niemanden, der den Beschäftigten zuhört. Weil die Zettel wie angekündigt im Original an die Senatsverwaltung übergeben werden, hoffen wir, dass die ernstesten und berechtigten Anliegen dort zur Kenntnis genommen werden!

Auf die Frage an *Gruppe 1*, was daran hilfreich sei, **Lernergebnisse stärker in die Schulinspektion einfließen zu lassen und verbindliche Schulverträge einzuführen**, antwortete die relative Mehrheit (sieben von 32) spontan mit „Nichts“. Überprüfbare Qualitätssicherungen und Möglichkeiten der Analyse oder Selbstreflexion wurden sieben Mal als hilfreich genannt. Als Belastung wurden Papierkram bzw. Bürokratie und die zusätzliche Arbeitsbelastung 14 Mal genannt. Auch der falsche Grundgedanke der Kontrolle und des Drucks wurde fünf Mal kritisiert.

Gefordert werden mehr Ressourcen in Form kleinerer Lerngruppen, einer Stundenreduzierung, eines Mehrs an Personal und Zeitkontingenten (19). Wertschätzung kostet nicht viel. Dass auch diese zwei Mal eingefordert wurde, spricht Bände und deckt sich mit den Ergebnissen aus der Mitarbeiterbefragung.

In der *Gruppe 2* wurde die **Qualitätsoffensive Deutsch** begrüßt (13 von 21 Nennungen), insbesondere da sie mehr Zeit für die Förderung der Kinder ermögliche (5).

Allerdings wird ein vorgeschriebenes, starres Programm befürchtet (5) und bezweifelt, ob dies angesichts des Lehrkräftemangels umsetzbar sei (4). Grundsätzliche Kritik an der Realisierbarkeit des Jahrgangsübergreifenden Lernen (JüL) bis hin zur Forderung nach dessen Abschaffung wurde ebenso geäußert (12). Die Forderungen sind deutlich: mehr Personal für z.B. Doppelsteckungen (12).

Zu **gesundheitsfördernden Angeboten** wurde sechs Mal spontan geäußert, Studientage brächten nichts.

Allerdings könnten solche Tagesveranstaltungen unter bestimmten Bedingungen nützlich sein (5). Als Belastung wird die zusätzlich benötigte Zeit 12 Mal genannt, gefordert werden stattdessen eine bauliche Lärmprävention (6) sowie die Senkung der Pflichtstundenzahl (4).

Die *Gruppe 3* begrüßt beim **Thema Ausbau von Supervision** einen Erfahrungsgewinn durch Austausch und Perspektivenwechsel (33); sie kritisiert die hohe Zeitbelastung (31), organisatorische Schwierigkeiten (11) und die hohe emotionale Belastung (5). Gefordert werden vor allem die Anrechnung des Zeitaufwands (16) sowie organisatorische Verbesserungen zur Beschleunigung (14).

Begrüßt wird beim **Thema Temporäre Lerngruppen** (für Schüler\*innen mit „einem erhöhten Förderbedarf in der emotional-sozialen Entwicklung“) vor allem die Entlastung auf allen Seiten (26): Schüler\*innen, Lehrer\*innen, Klassen. Die Kritik nennt Personalmangel und Folgen (17), Zweifel an der Professionalität (7) und die Unzuverlässigkeit der Versorgung (12). Dem entsprechen auch die Forderungen nach mehr Fachpersonal (19), echter Entlastung/ Hilfestellung (18) und besserer Raumausstattung (10).

**Strukturiertere Übergänge von der Kita in die Grundschule** werden mit Verweis auf einen womöglich besseren Grundwortschatz und höhere Transparenz begrüßt (8). Der Zeitaufwand für Kommunikation zwischen den Institutionen und die Auswertung der Unterlagen wird kritisiert (12). Zweifel bestehen an der praktische Umsetzbarkeit und dem Sinn des Ganzen (9).

In der *Gruppe 4* wird eine **Neuregelung der Fortbildungsverpflichtung** im Hinblick auf Lernzuwachs und Professionalisierung 14 Mal (von 31) gelobt. Dass eine Teilnahme wegen Zeit- wie Personalmangels und der chronischen Überlastung kaum sinnvoll möglich sei, wird 34 Mal genannt. Auch die mangelnde Qualität der Fortbildungen wird beklagt (6). Gefordert werden Kompensationen bzw. Freistellungen für Fortbildungen, wofür natürlich mehr Personal vonnöten ist (22). Auch solle den Kolleg\*innen vertraut und ihre Erfahrungen und Kompetenzen wertgeschätzt werden, anstatt misstrauisch Vorgaben zu machen (10).

Eine **verbindliche Lernstandserhebung in der Grundschule** wird für eine bessere Diagnostik und Förderung gelobt (10). Die Angst vor Belastungen in Vor- wie Nachbereitung und Durchführung wird 21 Mal genannt; die ganze Testerei statt einfach zu unterrichten grundsätzlich verdammt (30), da dies nur den Konkurrenzgedanken fördere und Unterschiede zwischen den Schulen nicht beachte. Wenn es denn schon Tests geben müsse, wird externes bzw. zusätzliches Personal (10) sowie echte Konsequenzen in Form von Fördermaßnahmen gefordert (11).

Durchaus positiv sehen die Teilnehmer\*innen der Gruppe 5 am **Thema Selbstevaluation** die erhoffte Unterstützung in Form von mehr Klarheit über das eigene Verhalten (23 von 35). Negative Aspekte sind Mehrbelastung ohne Ausgleich (27) und der Eindruck von bloßem Aktionismus (11).

Gefordert werden vor allem Entlastung in Form von Zeitausgleich, sinnvollere Ausgestaltung durch professionelleres Coaching und die Einbeziehung aller, auch der Führungsebenen (38).

Begrüßt werden beim **Thema Ganzttag** vor allem die soziale Entlastung auf allen Seiten: Schüler\*innen, Eltern, pädagogisches Personal (19). Mehrbelastungen und fehlendes Personal mahnt die große Mehrheit an (38). Dem entsprechen auch die Forderungen nach besserer Personalausstattung (36) und Raumausstattung (22), besonders nach geeigneten Räumen und kleineren Gruppen, aber auch nach offeneren Gestaltungsmöglichkeiten (21).

Ohne es geplant oder antizipiert zu haben, kann dies als Fazit der Personalversammlung stehen bleiben: Wir Beschäftigten der öffentlichen allgemeinbildenden Schulen in Mitte brauchen weder Palaver noch geduldige Endlospapiere. Die Verbesserung der Bildungsqualität kann nur über die Stärkung und Entlastung der Kollegien und die Behebung der baulichen Katastrophen gelingen. Wir Kolleg\*innen lassen uns den Schwarzen Peter für die Bildungsmisere nicht zuschieben!

## **Resolution II** der Personalversammlung

### **Reduzierung der verpflichtenden Aufgaben und weitere Ermäßigungsstunden für Klassenleitungen**

*„Klassenlehrer\*innen sind mit Aufgaben konfrontiert, die ihre pädagogische Arbeit mit den Kindern in erheblichem Maße zeitlich stark einschränkt. Die in den letzten Jahren zunehmenden bürokratischen Aufgaben für Pädagog\*innen sind so nicht weiter hinnehmbar.*

*Gesetzlich vorgegebene Aufgaben der Klassenleitung:*

- *Vorsitz der Klassenkonferenz und Verpflichtung zur Teilnahme*
- *Anwesenheitskontrolle der Schüler\*innen*
- *Verantwortung für die Information der Eltern bei unentschuldigtem Fernbleiben ab dem ersten Fehltag*
- *Beurlaubung der Schüler\*innen vom Unterricht bis zu drei Tagen*
- *Entgegennahme von „Entschuldigungen“ bei Schulversäumnis*
- *Freistellung der Schülersprecher\*innen vom Unterricht*
- *Einladung zur Elternversammlung*
- *Teilnahme an Elternversammlungen und Elterngespräche*

- *Führung der Schülerbögen*
- *Auswertung von Vergleichsarbeiten bzw. Übermittlung der Daten*
- *Erstellung (auf Basis der Einschätzung der Fachlehrkräfte) eines zusammenfassenden Vorschlags zur Beurteilung des Arbeits- und Sozialverhaltens*
- *Ausfertigung von Förderplänen, Zeugnissen, Zwischenzeugnissen, Kontrolle der Unterschrift*
- *Regelmäßige Information der Erziehungsberechtigten über die Lernentwicklung der Schüler\*innen für alle Fächer*
- *Planung und Durchführung individueller Fördermaßnahmen bei Lernproblemen (gemeinsam mit den Fachlehrer\*innen)*
- *Information der Erziehungsberechtigten über besondere Fördermaßnahmen*
- *Veranlassung der Überprüfung auf möglichen sonderpädagogischen Förderbedarf*
- *Zusammenarbeit mit dem Jugendamt zur Hilfeebringung*
- *Koordination des Bildungswegs bei Hochbegabung*
- *Anfertigung der Förderprognose für die Wahl der Oberschule auf Grundlage des Beschlusses der Klassenkonferenz*
- *Verbindliche Beratung der Eltern zum Übergang in die Oberschule.*

*Dazu kommen:*

- *die Schwierigkeiten mit den schlecht bzw. falsch erstellten Vorlagen (z.B. Zeugnisvorlagen, Formulare für die Förderprognosen), die Senatsverwaltung zur Verfügung stellt*
- *sprachliche Schwierigkeiten in der Verständigung mit den Eltern und notwendige Übersetzungen*
- *zusätzliche Fragebögen oder Rücklaufzettel, die ausgegeben und eingesammelt werden müssen*
- *Planung, Beantragung, Durchführung und Abrechnung der Klassenfahrten, Wandertagen und Exkursionen, für die Klassenleitungen nicht entsprechend bezahlt werden*
- *die Bestellung und Ausgabe der Kaltverpflegung bei Ausflügen*
- *Teilzeitbeschäftigung*
- *das Putzen der Klassenräume*
- *das Umräumen der Möbel, d.h. Tragen von Tischen und Stühlen von Raum zu Raum*
- *Bereinigen der Schülerakten bei Schulwechsel*
- *alle Verpflichtungen, die an Fachlehrer\*innen gestellt werden*
- *und vieles mehr u.a. Verwaltungsaufgaben.*

*Folgende Aufgabe stellen wir in Frage:*

- *Anfertigung der "Förderprognose für die Wahl der Oberschule auf Grundlage des Beschlusses der Klassenkonferenz“, da die Eltern über die Wahl der Oberschule entscheiden.*

*Aufgrund dieser hohen Belastung von Klassenlehrer\*innen fordern wir, die Kolleginnen und Kollegen der allgemeinbildenden Schulen in Mitte, die Reduzierung der Aufgaben und die Bewilligung weiterer Ermäßigungsstunden.“*

## Antragsfrist 15. Januar

Bitte denken Sie daran, dass Teilzeitanträge inkl. Anträge auf Gewährung eines Sabbaticals bis zum 15. Januar auf dem Dienstweg über die Schulleitung bei der Schulaufsicht angekommen sein müssen! Auch für Umsetzungsanträge und für die Umwandlung von AZK-Tagen in Stundenermäßigung gilt diese Antragsfrist. Für eine Wochenstunde Ermäßigung benötigen Sie acht AZK-Tage zur Umwandlung.

## Altersermäßigung

Lehrkräfte erhalten ab dem 58. Lebensjahr automatisch eine Altersermäßigung. Wir fassen an dieser Stelle den aktuellen Stand zusammen, der ab dem nächsten Schuljahr gilt. Bitte beachten Sie, dass die genannte Altersgrenze nur ab einem Beschäftigungsumfang von 2/3 der regelmäßigen Arbeitszeit gilt. Sonst gilt eine andere Regelung, siehe Tabelle.

Beschäftigungsumfang	Alter	Geboren	Stundenermäßigung
2/3 bis voll	58	vor oder am 01.08.1962	Eine
2/3 bis voll	61	vor oder am 01.08.1959	Zwei
unter 2/3 (mind. 50%)	60	vor oder am 01.08.1960	Eine

## Pauschale Beihilfe für Beamte

Nach Hamburg, Bremen, Brandenburg und Thüringen führt auch das Land Berlin die sogenannte pauschale Beihilfe für Beamt\*innen ein. Künftig können gesetzlich krankenversicherte Beamt\*innen einen Zuschuss zum Krankenkassenbeitrag vom Arbeitgeber bekommen. Bisher mussten sie den Arbeitnehmer- und den Arbeitgeberanteil zur Krankenversicherung alleine tragen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund lobt den Gesetzentwurf in seiner Stellungnahme. Damit werde endlich die Benachteiligung jener Beamt\*innen beendet, die sich aus verschiedenen Gründen für das solidarische System der gesetzlichen Krankenversicherung entscheiden. In Hamburg haben sich bereits mehr als 1000 Landesbeamt\*innen für das neue Modell entschieden.

*Sollten Sie Beratungsbedarf zum Thema pauschale Beihilfe haben, wenden Sie sich bitte vertrauensvoll an Ihre Gewerkschaft. Aufgrund der komplexen und sehr speziellen Materie können wir diese Beratung im Personalrat nicht leisten.*

## SuE-Tabellen

Die neue „S-Tabelle“ für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst tritt am 01.01.2020 in Kraft. Die Überleitung muss nicht beantragt werden und erfolgt automatisch. Wie wir erfahren haben, wird die Personalstelle die Daten nach und nach einpflegen, so dass das neue Entgelt nach „S-Tabelle“ wohl erst ab Sommer 2020 ausgezahlt werden kann. Es erfolgt dann eine Nachzahlung rückwirkend zum Januar 2020. Das Geld geht Ihnen also nicht verloren. Wir halten Sie über die Entwicklung auf dem Laufenden.

## „Berlin-Zulage“

Zur so genannten „Ballungsraumzulage“ gibt es widersprüchliche Informationen. Der Senat plant, allen Beschäftigten im Öffentlichen Dienst ab November 2020 eine monatliche Zulage von 150€ zu zahlen. Es soll möglich sein sich zu entscheiden, aus dieser Zulage ein AB-Ticket für Berlin zu beziehen. Den Restbetrag könne man sich auszahlen lassen. Allerdings soll die Zahlung an eine Einkommensgrenze gebunden sein. Es sieht so aus, dass alle Kolleg\*innen bis zur EG 13/A 13 davon profitieren. Nähere Informationen geben wir Ihnen, wenn wir handfeste Fakten haben. Im Sommer 2020 soll ein Gesetz vorliegen.

## Personalratswahl 2020

Im November 2020 sind Personalratswahlen. Bis zur Wahl schreibt in jedem Info ein Mitglied über seine Arbeit: „Ich bin im Personalrat, weil...“



*...ich die Verbindung von konkreter Interessenvertretung an der Schule und politischer Arbeit im Bezirk Mitte spannend finde.“*

(Manuel Honisch, Möwensee-Grundschule)

**Wir wünschen allen Kolleg\*innen einen guten Start ins neue Jahr!**

  
Laura Pinnig  
Vorsitzende

  
Viola Mocker  
Vorstand

  
Daniel Wehry  
Vorstand

  
Michael Brüser  
Vorstand